

■ Linkspartei und Auslandseinsätze

Schiefe Ebene

Von Nico Popp

Zum modernen Imperialismus gehört neben der »humanitären Intervention« auch die »Rettungsmission«. Spezialkräfte fliegen in irgendein Land, in dem es – wer fragt nach den Gründen – knallt, mit dem Finger am Abzug ein, um die »eigenen Bürger« herauszuholen. Fotografen für die Haudegen-mit-Sonnenbrille-trägt-Kind-in-Flugzeug-Bilder sind mit an Bord. Inhaltlich stecken da immer imperialistische Selbstvergewisserung (»wir« leisten uns eine Selbstermächtigung, die anderen nicht zusteht) und eine aktualisierte Kolonialherrenperspektive drin (mit den Flugzeugen kommt die »Ordnung«, die die örtliche Staatsgewalt mal wieder nicht hinbekommt). Und natürlich geht es ganz prosaisch um die Rechtfertigung von »kleineren« Militäreinsätzen.

Das ist eigentlich nicht so schwer zu begreifen. Linke sagen, wenn in solchen Fällen eine parlamentarische Stellungnahme gefragt ist, selbstverständlich nein. Ein Ja dokumentiert vor aller Welt, dass man der Regierung auf den Leim gegangen ist – wobei es zunächst gleichgültig ist, ob das ein Resultat von Konfusion oder Kalkül ist. Nun ist es so, dass in der Partei Die Linke seit vielen Jahren viele einflussreiche Leute daran gearbeitet haben, dass die Partei den Köder »Rettungseinsatz« schluckt, weil, und darum geht es, dann das grundsätzliche Nein zu Auslandseinsätzen passé ist. Klar ist ja, dass auf eine »Ausnahme« die nächste folgen wird. Wer sich die staatliche Rechtfertigung für solche Einsätze einmal einleuchten lässt, wird beim

nächsten Mal wieder viele gute Gründe entdecken.

Am Mittwoch hat nun die Mehrheit der Fraktion Die Linke dem von der Bundesregierung post festum angeforderten Mandat für den »Evakuierungseinsatz« der Bundeswehr im Sudan zugestimmt – zusammen mit den anderen Fraktionen bis hin zur AfD. Die Show um den Afghanistan-»Rettungseinsatz« im August 2021 erweist sich in der Rückschau als Prolog: Damals enthielt sich die Fraktion mehrheitlich (was bereits ein Novum war, weil sonst immer das mehrheitliche Nein stand), fünf Abgeordnete vom rechten Rand stimmten dafür, sieben linke stimmten mit Nein. Am Mittwoch ist die Fraktion umgekippt – 27 Ja-Stimmen, keine Neinstimme, sieben Enthaltungen. Einer der Jasager von 2021, Matthias Höhn, bejubelte danach die »erkennbare programmatische Entwicklung«.

So sieht sie aus, die »schiefe Ebene«, »auf der es kein Halt mehr gibt«. Rosa Luxemburg sagte das 1913 beim Jenaer Parteitag, nachdem die SPD-Reichstagsfraktion erstmals einer Finanzierungsvorlage für das Heer zugestimmt hatte; die Fraktion, sagte sie voraus, werde im Fall eines Krieges für die Bewilligung der Kriegskosten eintreten. Die Linkspartei ist auf der schiefen Ebene dort angekommen, wo mit der Zustimmung zu einer ausgewachsenen »humanitären Intervention« zu rechnen ist. Es wäre zu begrüßen, wenn die verbliebene Linke in diesem Land nicht erst dann Schlüsse aus dieser Lage zieht, wenn der Ernstfall eingetreten ist.

■ Geschäftsmodell des Tages

Kriegsdienstvermeidung



Bekanntlich kämpft die Ukraine ja für die »regelbasierte Weltordnung«. Das ist nicht einmal gelogen, denn die erste Regel im Kapitalismus lautet schließlich, dass es kein Elend gibt, aus dem sich nicht ein Geschäft machen lässt.

Das Elend des Jahres ist die immer aggressivere Einberufung junger Männer zur ukrainischen Armee. Es hat sich herumgesprochen, dass die Wehrpflichtigen nach einer eher flüchtigen Grundausbildung sofort an die Front geschickt werden, wo sie große Chancen haben, innerhalb weniger Tage zu fallen oder verwundet zu werden. Entsprechend gering ist offenbar das Bedürfnis vieler Kandidaten, der väterländischen Pflicht zu genügen.

Eine noch halbwegs legale Möglichkeit, der Einberufung zu entgehen, ist die Aufnahme eines

Studiums. Nach Recherchen des ukrainischen Portals *strana.news* hat sich die Zahl der Studierenden an den ukrainischen Hochschulen im Jahr 2022 verdoppelt, wobei der Anteil männlicher Studierender weit überdurchschnittlich gestiegen sei, in manchen Unis um das Vierfache. Und die vom Staat finanziell kurz gehaltenen Hochschulen lassen sich die Immatrikulation dieser Studenten – viele von ihnen jenseits der 30 oder sogar 40 – gut bezahlen, verlangen dafür aber auch keine Aufnahmeprüfung oder Anwesenheit im Hörsaal. Es geht nur um den Studentenausweis, den man bei einer Kontrolle vorzeigen kann.

Weiter gibt es natürlich Geschäftemacher im weißen Kittel, die für umgerechnet 3.000 bis 6.000 US-Dollar Untauglichkeitsbescheinigungen ausstellen. Vor ein paar Tagen flog ein Schlafwagenschaffner auf, der in einem Hohlraum des von ihm betreuten Waggons einen Wehrunwilligen nach Polen zu schmuggeln versucht hatte. Und schließlich die Geschäftemacher in Uniform. So hat der Leiter der Rekrutierungsbehörde in Odessa kürzlich seiner Mutter eine Villa in Marbella für vier Millionen Euro spendiert. Gekauft: Dezember 2022. Nach zehn Monaten Krieg. Welch ein Zufall. **Reinhard Lauterbach**

»Tausenden Lkw-Fahrern geht es wie denen von Mazur«

Beispielhafter Streikerfolg an Autobahnraststätte Gräfenhausen in Hessen. Ein Gespräch mit Andreas Luce

Nach fünfeinhalb Wochen Streik an der A5 in Hessen sollen 65 Lkw-Fahrer aus Osteuropa ihre ausstehenden Niedriglöhne erhalten. Haben sie den polnischen Spediteur Mazur endgültig niedergedrungen?

Mazur hat am Mittwoch vertraglich zugesichert, dass sämtliche Fahrer ihre Löhne erhalten und alle Zivilklagen gegen sie – wegen Diebstahl und so weiter – zurückgezogen werden. Unter den Truckern war die Stimmung nach der Vereinbarung sehr gelöst, weiß ich von meiner Kollegin Ingrid Reith, die vor Ort war.

Wie hat Ihr Sozialverband, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, den Streik unterstützt?

Unser Ortsverband Neuwied hat die Fahrer seit Anfang April mit Lebensmitteln, Getränken und Sanitärmaterial versorgt, um die schlimmen Zustände vor Ort etwas zu lindern. Vor allem war das der Kollege Michael Hommer. In der Zentrale in Trier hier haben wir Mitte April eine Spendenaktion ins Leben gerufen. Ich war ganz überrascht, wie schnell das ging. Wir haben die steuerlichen Aspekte gecheckt, mit unserer Bank geredet und hatten innerhalb weniger Stunden das Okay. Am 17. gab es die ersten Gutschriften auf dem Spendenkonto.

Wieviel ist bisher zusammengekommen?

Im Moment sind wir bei knapp 20.000 Euro. Das ist ein riesiger Erfolg. Wir haben am Donnerstag 19.000 Euro an die Verhandlungsführer von der niederländischen RTDD überwiesen.

Was ist die RTDD, und wie kam sie zu dem Verhandlungsmandat?

Das ist die »Road Transport Due Diligence Foundation«, eine Art



Andreas Luce ist Bezirksgeschäftsführer bei der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) in Trier

Eingreiftruppe des niederländischen Gewerkschaftsbunds FNV, die des öfteren international im Einsatz ist. Soweit ich es mitbekommen habe, haben die hauptsächlich georgischen und usbekischen Fahrer am 18. März die Arbeit niedergelegt, weil sie monatelang kein Geld bekommen hatten. Unterstützt wurden sie zunächst von der georgischen Gewerkschaft GTC. Über die kamen die FNV und das Beratungsnetzwerk »Faire Mobilität« des DGB dazu, viele kirchliche und private Organisationen, aber auch viele Privatmenschen, die einfach etwas vorbeigebracht haben. Eine Gruppe von Gewerkschaftern hat zum Beispiel 1.000 Euro gespendet, damit die Fahrer auf die »Sanifair«-Toiletten gehen konnten, ohne jedes Mal einen Euro zu zahlen. Es war die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die internationale Vernetzung, die das Ganze zu einem tollen Erfolg gemacht hat.

Und in den Medien wurde vielen die alltägliche Ausbeutung ins Bewusstsein gerufen.

Ja, ganz wichtig war dabei, dass Ross und Reiter genannt wurden, dass man

gesagt hat: Okay, letztendlich sind es die großen europäischen und deutschen Konzerne, die von diesen menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen profitieren. Durch die mehr als geringen Löhne haben die erhebliche Einsparungen beim Transport. Da werden Gewinne gesteigert auf Kosten von den letzten in der Kette.

Wissen Sie, wofür die RTDD die 20.000 Euro verwenden wird?

Damit sollen die Kosten für die Versorgung der Lkw-Fahrer vor Ort gedeckt werden. So ist das vereinbart. Wenn etwas übrigbleibt, soll es als Notgroschen für weitere Aktionen solcher Art bei der RTDD verbleiben. Wir sind uns alle einig: Das war jetzt wirklich nur die Spitze des Eisberges. Wir sind alle sicher, dass es Tausenden Lkw-Fahrern genauso geht wie denen von Mazur. Und möglicherweise trägt der Erfolg der Aktion dazu bei, dass weitere Fahrer dem Beispiel folgen.

Hat die KAB vor, solche wilden Streiks mit anzuschließen?

Es ist Teil unseres vierjährigen Programms, dass wir uns bundesweit mit prekärer Arbeit beschäftigen, die es ja an allen Ecken und Enden gibt, auch in der Pflege, bei den Essensboten – fast überall, und darauf wollen wir hinweisen.

Gibt es Überlegungen, den Begriff Arbeitnehmer im Verbandsnamen zu ersetzen?

Das ist unser Name seit einem guten Jahrhundert, eine traditionelle Bezeichnung. Und jeder kann sich was drunter vorstellen. Was es gibt, sind Bestrebungen, das zu ändern: Arbeitnehmer*innen mit Sternchen. Aber im Moment sehe ich nicht, dass unser Name geändert wird.

Interview: Alexander Reich

■ Abgeschrieben

China Staatspräsident Xi Jinping hat am Mittwoch ein vereinbartes Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij geführt. Der staatliche Sender Radio China International veröffentlichte am Donnerstag eine Wiedergabe des Gesprächs:

Xi wies darauf hin, dass sich die Beziehungen zwischen China und der Ukraine in den vergangenen 31 Jahren entwickelt und das Niveau einer strategischen Partnerschaft erreicht haben, was der Entwicklung und Wiederbelebung beider Länder einen Schub gegeben habe. Er schätze es, dass Präsident Selenskij wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, welche Bedeutung er der Entwicklung der chinesisch-ukrainischen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit China beimisst, und danke der ukrainischen Seite für die tatkräftige Unterstützung bei der Evakuierung chinesischer Bürger im vergangenen Jahr.

Die gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität ist die politische Grundlage der chinesisch-ukrainischen Beziehungen. Beide Seiten sollten in die Zukunft blicken, an der langfristigen Perspektive

und Planung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern festhalten (...) Unabhängig davon, wie sich die internationale Landschaft verändert, ist China bereit, mit der ukrainischen Seite zusammenzuarbeiten. (...)

China ist weder Verursacher der Krise in der Ukraine noch eine Partei davon. Als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats und als verantwortungsbewusstes großes Land werde es weder dem Feuer von der anderen Seite des Flusses aus zusehen noch Öl ins Feuer gießen noch die Gelegenheit nutzen, Profit zu machen. Was China tut, ist offen und unvoreingenommen. Dialog und Verhandlungen sind der einzig gangbare Ausweg. In einem Atomkrieg gibt es keinen Gewinner. (...)

Wir hoffen, dass alle Parteien eingehend über die Krise in der Ukraine nachdenken und im Dialog einen gemeinsamen Weg für die langfristige Stabilität Europas suchen werden. China wird sich nachdrücklich für den Frieden und die Förderung von Gesprächen einsetzen und eigene Anstrengungen unternehmen, um den Krieg und den Waffenstillstand zu beenden und den Frieden so bald

wie möglich wiederherzustellen. China wird seinen Sonderbeauftragten für eurasische Angelegenheiten in die Ukraine und andere Länder entsenden, um mit allen Parteien eingehende Gespräche über eine politische Lösung der Ukraine-Krise zu führen. China hat bereits eine Reihe von humanitären Hilfslieferungen an die Ukraine geleistet und ist bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Unterstützung zu geben.

Selenskij beglückwünschte Xi Jinping zu seiner Wiederwahl und würdigte die außerordentlichen Leistungen Chinas. (...) Die Ukraine halte an der Ein-China-Politik fest und hoffe auf eine umfassende Zusammenarbeit mit China, um ein neues Kapitel in den ukrainisch-chinesischen Beziehungen aufzuschlagen und gemeinsam an der Erhaltung von Frieden und Stabilität in der Welt zu arbeiten. Selenskij danke China für die humanitäre Hilfe, die es der Ukraine geleistet hat, und begrüßte die wichtige Rolle Chinas bei der Wiederherstellung des Friedens und der Lösung der Krise mit diplomatischen Mitteln.

■ Übersetzung aus dem Englischen:

JW